

»Statt aus den Fehlern zu lernen, eskaliert man diese noch«

Die EU unterschätzt den Expansionsdrang Chinas, warnt der frühere Außenminister Joschka Fischer.
Ein Gespräch über Pekings Ambitionen und die Folgen für Deutschland und die Welt

DIE ZEIT: Herr Fischer, in Ihrem neuen Buch schreiben Sie, nicht die geopolitischen Ambitionen Chinas oder sein Versuch, sich in der digitalen Revolution an die Weltspitze zu setzen, seien die größte Herausforderung für den Westen. Sondern?

Joschka Fischer: Ich meine damit Chinas systemischen Angriff auf das Fundament der westlichen Demokratie – die individuelle Freiheit. Anders als wir im Westen gehofft haben, schließt die Kommunistische Partei eine politische Modernisierung in Richtung Demokratie und Rechtsstaat aus. Und anders als während der Blockkonfrontation mit der Sowjetunion, als es der Westen mit einem Rivalen zu tun hatte, der ökonomisch alles andere als attraktiv war, hinkt China dem Westen nicht hinterher. Die Chinesen haben ein effizientes System geschaffen, das leninistische Einparteienherrschaft mit kapitalistischem Konsumismus und digitaler Kontrolle verbindet. Das ist neu.

ZEIT: Aber warum sollten wir in Europa für dieses System empfänglich sein?

Fischer: Europa steht da gewiss nicht an erster Stelle. Wenn die Welt politisch, ökonomisch, technologisch in zwei Teile zerfällt, angeführt von China und den USA, dann ist es für mich nur noch eine Frage der Zeit, bis China aus machtpolitischen Gründen versuchen wird, sein Modell in andere Regionen zu exportieren. Nach Afrika, Asien – und auch nach Europa.

ZEIT: Vorausgesetzt, das chinesische Modell bleibt so erfolgreich wie bisher. Aber Chinas Wachstum verlangsamt sich, und auch die politischen und

wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus sind unklar. Ob das Land seine Aufholjagd ohne Reformen fortsetzen kann, ist unsicherer denn je.

Fischer: Was mich an der Kommunistischen Partei immer erstaunt hat, ist ihre enorme Flexibilität. In der chinesischen Internetwirtschaft zum Beispiel haben sich eine unglaubliche Dynamik und härtester Wettbewerb entwickelt. Und doch bleibt alles unter dem leninistischen Dach der Partei. Diese Flexibilität darf man nicht unterschätzen.

ZEIT: Seit Xi Jinpings Amtsantritt unterdrückt Peking zunehmend die Privatwirtschaft. Stattdessen werden wieder Staatskonzerne gestärkt.

Fischer: Ich verstehe die Rationalität hinter dem Wechsel unter Xi nicht. Warum war es jenseits seiner Ambitionen nötig, die Checks and Balances, die die KP-Führung nach dem Tod von Mao aufgebaut hat, abzuräumen? Dennoch meine ich: Solange Hunderte Millionen Chinesen, die noch nicht am Wohlstand beteiligt werden, eine Perspektive haben und sich die Situation der Mittelschicht nicht verschlechtern und solange die KP die Einheit des Reiches sicherstellen kann, wird das chinesische Modell

funktionieren. Zumal westliche Demokratien gerade kein attraktives Bild abgeben. Aber die Politik von Xi Jinping erschließt sich mir nicht. Es spricht sehr viel Angst daraus.

ZEIT: Wie fragil ist in Ihren Augen Xis Herrschaft?

Fischer: Ich glaube, sie wirkt stabiler, als sie ist. Die Konzentration aller Macht auf eine Person erinnert an die Mao-Zeit und an das alte kaiserliche China.

Sie bringt wie früher eine große Quelle der Instabilität mit sich. Wann immer in der chinesischen Geschichte der Herrscher mit dem Mandat des Himmels gebrochen hat ...

ZEIT: ... also seine Macht missbrauchte und an Legitimität verlor ...

Fischer: ... hat das stets zu einer Phase gewaltsamer Veränderungen und großer Unruhen geführt. Ich sehe die chinesische Entwicklung kritisch, aber ein Scheitern des chinesischen Aufstiegs wäre in der globalisierten Welt die weitaus schlimmere Alternative. China mit seiner riesigen Bevölkerung und seiner wirtschaftlichen und technologischen Kraft wird im 21. Jahrhundert seinen global führenden Platz einnehmen. Brächen in China Unruhen aus, hätte das für die Weltwirtschaft massive Konsequenzen. Insofern ist China *by far too big to fail*.

ZEIT: Wie soll der Westen mit China umgehen?

Fischer: Darauf gibt es keine einfache Antwort. Selbstbewusst kooperieren und keine Unterwerfung. Ich frage die Amerikaner immer wieder: Erst habt ihr China mit zu dem gemacht, was es heute ist, jetzt wollt ihr Chinas Aufstieg stoppen. Habt ihr bewusst einen strategischen Rivalen gefördert? Was war denn euer Plan?

ZEIT: Was hören Sie darauf?

Fischer: Nichts. Unabhängig von der politischen Couleur. Die Amerikaner hatten keinen Plan. Ich erinnere mich an ein Treffen mit amerikanischen Wirtschaftsvertretern in New York in meiner Zeit als Minister. Republikaner rechneten mir damals vor, was den USA der Export von Industriearbeitsplätzen nach China bringen würde. China ein strategischer Rivale? Nie im Leben, sagten sie. Heute beklagen die Republikaner den Verlust dieser Arbeitsplätze. Wie viel Kapital die Amerikaner in China investiert haben, wird kaum erwähnt. Oder dass Banken wie Goldman Sachs die wirtschaftliche Transformation in China vorangetrieben haben.

ZEIT: Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit eines chinesisch-amerikanischen Großkonfliktes ein?

Fischer: Beide Seiten haben kein Interesse daran. Dennoch wird die Rivalität um Technologiedominanz den einheitlichen Weltmarkt beenden, fürchte ich. Deutsche Unternehmen werden zu Loyalitätsbekundungen in die eine oder andere Richtung gezwungen werden. Die Wertschöpfungsketten werden nicht mehr wie bisher funktionieren. Für Europa wird die Situation alles andere als einfach.

ZEIT: Und in der Wertefrage? Kann Europa den Wettstreit Demokratie gegen Diktatur zusammen mit den USA führen, wenn Trump an der Macht bleibt?

Fischer: Mit den USA ja. Mit ihrem Präsidenten Donald Trump wird das schwierig, denn er ist ak-

tiv auf die Zerstörung dessen aus, was den Westen ausgemacht hat. Mit ihm eine wertebasierte Auseinandersetzung mit China zu führen übersteigt meine Fantasie. Zudem gibt es einen elementaren Widerspruch zwischen den USA und Europa: Wir haben unterschiedliche Interessen und Perspektiven. Wir Europäer müssen unsere Position aus eigener Kraft definieren. Europa muss der Kontinent sein, der auf Freiheit, auf soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit setzt, gerade angesichts der Digitalisierung.

ZEIT: Inzwischen ist die wirtschaftliche Abhängigkeit von China so groß, dass westliche Regierungen nicht nur seltener wagen, politische Missstände dort zu kritisieren. Auch deutsche Konzerne zensieren sich immer öfter selbst, wenn es um heikle Themen wie den Dalai Lama oder Taiwan geht.

Fischer: Wir waren lange zu naiv und haben den Blick nur auf wirtschaftliche Vorteile gerichtet. Dabei haben wir die normative Expansion der chinesischen Seite übersehen. Also dass China bewusst versucht, chinakritische Positionen auch bei uns zu unterdrücken. Wir brauchen ein viel größeres Selbstbewusstsein, die Europäische Union muss geeint gegensteuern. Dass Brüssel China inzwischen einen systemischen Rivalen nennt, ist ein wichtiger Schritt nach vorn. Ich denke, das wird in Peking ernst genommen.

ZEIT: Wenn es um die Inhaftierung von mehr als einer Million Uiguren in Xinjiang geht, bleibt Europa erstaunlich leise. Häufig wird das damit begründet, dass die Chinesen ihr Gesicht nicht verlieren dürften. Respektiert Peking nicht eher Klarheit?

Fischer: Sicher. Allerdings würde man in Peking die Ohren dann dennoch auf Durchzug stellen. Jenseits der Menschenrechtsverletzungen glaube ich, dass China in Xinjiang einen Riesenfehler begeht. Chinas Seidenstraße-Initiative, also der Versuch, sich weltweit am Ausbau strategisch wichtiger Straßen, Bahnstrecken und Häfen zu beteiligen, zielt auch nach Zentralasien und damit in die muslimische Welt. China wird es also mit dem Islam zu tun bekommen. Und anstatt aus den Fehlern des Westens zu lernen, eskaliert man diese noch. Ich denke, die muslimische Welt schaut genau hin, was mit den Uiguren geschieht. Das wird auf Dauer nicht im Interesse Chinas sein.

ZEIT: Wie stehen Sie zur Beteiligung von Huawei am deutschen 5G-Netz? Sollte die Bundesregierung Huawei aussperren?

Fischer: Die Haltung, überprüfbare Regeln zu definieren und einen Wettbewerb zuzulassen, finde ich richtig. Es besteht ein Sicherheitsrisiko, ja. Aber ich halte die Risiken für vertretbar.

ZEIT: Ihre früheren Mitarbeiter beim Auswärtigen Amt, das Bundesinnenministerium und die Ge-

heimdienste sehen das sehr viel kritischer.

Fischer: Bei der Huawei-Frage geht es auch darum, wie wir unser Verhältnis zur kommenden Supermacht des 21. Jahrhunderts gestalten. Wir sollten einen anderen Weg einschlagen als die USA. Wenn wir Europäer es richtig machen, finden wir einen dritten Weg, dem andere folgen werden. Ich halte wenig davon, China auszusperrern oder zu versuchen, es zu isolieren. Dazu ist es zu groß, das würde nicht funktionieren.

Die Fragen stellten **Marc Brost** und **Xifan Yang**

»Wir haben den
Blick nur auf
wirtschaftliche
Vorteile
gerichtet«